

Wahlkabine zu mobilisieren, wird auf wenige Themen abgehoben. Bei den Unionsparteien

gegründet übernahm, wenn sie die Türkei aufnehmen würde. Wir sind für eine privile-

nicht schaffen würde? Pötering: Es wäre ein Signal, das

Das 290 Seiten starke Buch kostet 19,90 Euro.

EU-Parlaments.

# Violette bis Piraten: Exoten für Brüssel

lassen Forderungen nach Grundeinkommen für alle, Volksabstimmungen und mehr Datenschutz laut werden

Verträgen oder Erweiterungen.“ Dazu zähle auch der EU-Reform-Vertrag von Lissabon. Und das Wahlziel? Für Reiser-Schober ist das ganz klar: „Ins Parlament kommen.“ Notfalls wollen die Newropeans per Verfassungsklage gegen die Fünf-Prozent-Hürde in Deutschland vorgehen.

Mehr Mitbestimmung fordert auch die Piratenpartei Deutschland, kurz Piraten. Nach einem schwedischen Vorbild versteht sich die Partei der Datenschützer und Computerexperten als „Partei der Informationsgesellschaft“. Der Name sei eine Reaktion auf die Bezeichnung „Raubkopierer“ oder „Pirat“ für „privat kopierende Menschen“, insbesondere im Bereich von Musik und Film.

„Eine Verfassung für die EU muss vom Volk kommen“, sagt Spitzenkandidat Andreas Popp (25) und fordert eine Ratifizierung durch die Bürger. Außerdem will sich die Partei vor allem für mehr Transparenz und Bürgerrechte bemühen: „Gläserner Staat statt gläserner Bürger“, lautet das Motto der laut Popp knapp 1 000 Mit-



Margit Reiser-Schober, Kandidatin der Bürgerbewegung Newropeans, hängt in Frankfurt am Main ein Plakat zur Europawahl auf. FOTO: DPA

glieder zählenden Partei. „Wir sind massiv gegen weitere Einschränkungen der Privatsphäre, für mehr Datenschutz und mehr

informationelle Selbstbestimmung“, sagt der Wirtschaftsmathematiker. „Wir wollen den Bürger auf dem Weg ins Informati-

onszeitalter begleiten“, etwa durch eine Lockerung des Urheberrechtes bei Privatkopien.

Einen Sitz im Europäischen Parlament zu erlangen, formuliert Popp als „Maximalziel“. Primär gehe es aber darum, 0,5 Prozent der Stimmen zu erhalten, um damit in die Parteienfinanzierung zu rutschen. „Das wäre ein Schritt nach vorn, dann hätten wir bessere Bedingungen, um unsere Bewegung zu unterstützen.“

Für Gandalf Lipinski (58), Spitzenkandidat der Partei „Die Violetten, für spirituelle Politik“ wä-

ren 0,5 Prozent der Stimmen „ein Achtungserfolg.“ „Primär geht es uns darum, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf bestimmte Themen zu lenken“, sagt der Theatermacher aus Bad Gandersheim. Dazu zähle die Diskussion über Einkommen und Arbeit: Die Violetten setzen sich für ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle ein. Laut Lipinski gibt es für Deutschland verschiedene Rechenmodelle, die ein Einkommen von 500 bis 2 500 Euro vorsähen. Auf eine Summe habe sich die Partei, die rund 1 200 Mitglieder zähle, noch nicht festgelegt. Auch eine europaweite Lösung sei noch nicht errechnet worden. „Wichtig ist uns, dass das Thema überhaupt diskutiert wird“, sagt Lipinski. „Viele Menschen spüren, dass so wie bisher nicht weitergewurschtelt werden kann.“

Die Violetten, die laut Lipinski ein „Projekt zur Rettung der politischen Vernunft“ anstreben, verfolgen einen ganzheitlichen Ansatz: „Menschen sollen auch als emotionale und spirituelle Wesen, nicht nur als materielle begriffen werden“, erklärt Lipinski. Dabei habe der Begriff des Spirituellen nichts mit Religion zu tun, sondern es gehe um die Würde des Menschen, die in der Politik wieder Beachtung finden solle.

Welche Partei, die zur Europawahl antritt, den Wählern inhaltlich am nächsten steht, können sie auf [www.euprofiler.eu](http://www.euprofiler.eu) oder [www.wahlomat.de](http://www.wahlomat.de) herausfinden.

## Die Europawahl: Listen statt Wahlkreisabgeordnete

Anders als bei der Bundestagswahl gibt es bei der Europawahl keine Wahlkreise. Die Wahl erfolgt ausschließlich nach den Grundsätzen der Verhältniswahl, es werden also keine Abgeordneten direkt im Wahlkreis gewählt. Die Wahl wird daher auf Ebene der Landkreise

und Städte organisiert. Die Wähler müssen sich entscheiden zwischen 31 Parteienlisten, die am 7. Juni auf dem Wahlzettel stehen. Außer CDU und CSU treten alle Parteien und politischen Gruppierungen bundesweit mit einheitlichen Kandidaten-Listen an. Die CSU ist nur in

Bayern zugelassen, die CDU in allen übrigen Ländern. Acht Parteien, darunter die Allianz Graue Panther und die POGO-Partei, ließ der Bundeswahlausschuss nicht zu, weil sie nicht 4 000 unterstützende Unterschriften vorlegen konnten wie erforderlich. hes